PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

TRIBÜNE DER ÖSTERREICHISCHEN MARXISTEN-LENINISTEN

Nr. 44 15. Oktober 1965 Einzelpreis S 3,-

EINER UNSERER AKTIVISTEN REGT AN :

DER NÄCHSTE SCHRITT

Liebe Genossen !

Der 19. Parteitag der KPÖ - der revisionistischen KPÖ - war zweifellos ein sehr schmerzliches Ereignis für alle bewußten Marxisten-Leninisten. Eine Partei, welche ihrem Gründungsalter nach immerhin auf ein längeres Wirken zurückblicken kann als z.Bsp. die kommunistischen Parteien von China und Frankreich, entartet insbesondere seit 1956, seit dem 20. Parteitag der KPdSU, völlig auf die Stufe der Sozialdemokratie. Der 19. Parteitag der KPÖ war nur das formelle Ergebnis der von Chruschtschow geförderten Entwicklung in Richtung auf den modernen Revisionismus. Auch die Nachfolger Chruschtschows - Breschnew, Kossygin, Mikojan, Suslow usw. - scheuen sich nicht, die verräterische Politik ihres Vorgängers fortzusetzen. Die KPÖ - wie eine Reihe anderer Kommunistischer Parteien - wird von den Chruschtschow-Revisionisten ohne jede Rücksicht auf die Folgen als revolutionäre Partei liquidiert. Die führenden Revisionisten in der KPÖ haben sich in unserer Heimat zu den Statthaltern der revisionistischen Chruschtschow-Politik gemacht und fügen damit der österreichischen Arbeiterbewegung einen unerhörten Schaden zu. Sie haben die KPÖ, eine ehemals unbeugsam proletarisch-revolutionäre Partei, zu einer Organisation gemacht, welche heute bestenfalls noch als eine Art von "linkem Flügel" der SPÖ gelten kann.

Die österreichischen Marxisten-Le-

Aus dem Inhalt:

nisten, in erster Linie die Aktivisten der "Roten Fahne", aber auch eine Reihe namenloser und "einfacher" Genossen, haben sich lange Zeit (genauer gesagt, bis zum 19. Parteitag) gegen die Neugründung der Partei ausgesprochen, da sie trotz aller offensichtlich zutage liegenden revisionistischen Abweichungen, trotz der widerrechtlichen Ausschlüsse einer langen Reihe von Kommunisten, die auf den revolutionären Prinzipien beharrten, der Ansicht waren, daß es trotz alledem noch eine Chance gebe, die KPÖ den modernen Revisionisten wieder zu entreißen. Der im Mai d.J. abgehaltene Revisionistenkongreß hat aber die Tatsache erwiesen, daß man dieser vagen Hoffnung zuliebe nicht mehr länger auf die politischen und organisatorischen Konsequenzen verzichten kann! Die "Rote Fahne" wählte mit Recht für ihren Leitartikel in der Ausgabe Nr.37 vom 1. Juni 1965 die Überschrift: "In Österreich gibt es keine revolutionäre Partei mehr!"

Als Folge des 19. Parteitags der KPÖ kam es dann zur Gründung eines Vorbereitungskomitees, welches nun die Neubildung der revolutionären Arbeiterpartei unseres Landes betreibt. Dies ist, wie in der "Roten Fahne" Nr.38 vom 15. Juni 1965 ganz richtig betont wurde, nur "ein erster Schritt". Es ist selbstverständlich, daß dieser erste Schritt absolut notwendig ist. Nur so ist es möglich, die überaus große Aufgabe zu lösen, die die Neugründung der marxistisch-leninistischen Partei in Österreich darstellt. Jetzt müssen aber ohne Verzug die nächsten Schritte folgen!

Ich möchte, liebe Genossen, an dieser Stelle die Frage der Finanzierung unserer Bestrebungen aufwerfen. Es ist klar und kann auch garnicht anders sein, daß jedes Parteimitglied einen gewissen Betrag an die neugebildete Partei regelmäßig wird abführen müssen. Was aber soll und muß sofort geschehen? Organisatorisch besteht ja die marxistisch-leninistische Partei noch nicht, es gibt erst ein organisatorisches Zentrum, nämlich die "Rote Fahne". Sie ist eine Zeitung, die zum Teil regulär verkauft wird, zum andern Teil aber - insbesondere an neue Interessenten und an noch schwankende Sympathisierende - kostenlos verteilt wird, was dadurch möglich ist, daß viele Leser neben ihrem Abonnement mehr oder minder regelmäßig Spenden entrichten, daß fallweise Geldsammlungen durchgeführt werden usw.

Bis zum 19. Parteitag konnte man diese Regelung meiner Meinung nach als ausreichend bezeichnen. Mit der Bildung des "Vorbereitungskomitees zur Neugründung der kommunistischen Partei in Österreich" ändert sich aber die Situation gründlich. Die "Rote Fahne" ist jetzt vergleichsweise in der selben Situation wie die von Lenin gegründete "Iskra" vor dem 2. Parteitag der SDAPR. So wie die "Iskra" den 2. Parteitag der SDAPR vorbereitete, bereitet jetzt die "Rote Fahne" durch das "Vorbereitungskomitee" die Neugründung der kommunistischen Partei in Österreich auf der Grundlage des unverfälschten Marxismus-Leninismus vor. Wenn die "Rote Fahne" zuvor eine Zeitung war, welche den modernen Revisionismus innerhalb der KPÖ bekämpfte, so ist sie heute das Kampforgan der österreichischen Marxisten-Leninisten überhaupt! Die "Rote Fahne" ist zur Zeit also praktisch der aktive Vorläufer der neuen Partei. Ich meine deshalb, daß das bisherige Finanzierungssystem nicht mehr brauchbar ist. Schon jetzt, noch vor der Parteigründung, sollten feste Beiträge erhoben werden! Zumindest sollte aber ein moralischer Appell an alle marxistisch-leninistischen Genossen ergehen, erhöhte Beiträge an die "Rote Fahne" zu zahlen. Abgesehen von Ausnahmefällen erscheinen mir drei bis fünf Prozent des Einkommens nicht ungerechtfertigt. Ich selbst verpflichte mich jedenfalls, ab 1. Oktober 1965 monatlich 300 Schilling zu entrichten, was etwa zehn Prozent meines Lohnes ausmacht.

Die "Rote Fahne" als Kampforgan der bewußten österreichischen Marxisten-Leninisten muß auf eine von unregelmäßigen Spenden (so wichtig sie zusätzlich sind) unabhängige feste finanzielle Basis gestellt werden. Jeder Genosse sollte, wenn es ihm nur irgendwie möglich ist, bereits jetzt, solange es keine feste Beitragsregelung gibt, sich freiwillig zu einer regelmäßigen Beitragsleistung verpflichten. Das soll unabhängig von seiner Abonnementszahlung geschehen.

Mit kommunistischem Gruß

Friedrich H.

Anmerkung der Redaktion: Genosse Friedrich H. hat natürlich mit vollem Namen gezeichnet und keinerlei Einschränkungen in bezug auf seine Veröffentlichung gemacht. Es liegt aber ein Beschluß der Redaktion vor, volle Namen und Adressen in Zukunft nur mehr in Ausnahmefällen zu veröffentlichen.

DIE „AZ" UND DAS TIROLER WAHLERGEBNIS

In einem Kommentar, wie man ihn fast wortwörtlich hätte vorhersagen können, hat die "AZ" vom 19. Oktober 1965 zum Ausgang der Tiroler Landtagswahlen Stellung genommen. Die SP-Führung hat im Tiroler Landtag ein Mandat verloren. Die Aufforderung der KPÖ-Revisionisten an die kommunistischen Wähler Tirols, die rechten SP-Führer zu wählen, damit die ÖVP nicht die angestrebte Zweidrittelmehrheit im Landtag bekäme, hat nicht verhindern können, daß diese Zweidrittelmehrheit der ÖVP jetzt existiert. Die Mathematiker des SP-Vorstandes haben zwar einen winzigen prozentuellen Gewinn der SPÖ zu errechnen vermocht, aber da sich dieser "Erfolg" lediglich in den Dezimalstellen äußert, sucht man zugleich einen Schuldigen für das Fehlen des Erfolgs. Klar, daß das die KPÖ ist:

> In jedem Fall ist auch die in Tirol gemachte Erfahrung zu berücksichtigen, daß das Ausscheiden der KP als wahlwerbende Partei eher der ÖVP nützt, weil es bei naiven Grenzschichtenwählern die „Volksfront"-Lüge glaubhafter macht.

Das also bedauert die "AZ": daß die KPÖ in Tirol bei den Landtagswahlen nicht mehr kandidiert hat und somit der ÖVP geholfen habe! Das Zentralorgan der SPÖ bedankt sich bei den Revisionisten auf seine Art - mit Fußtritten. Wir zweifeln nicht daran, daß die Revisionisten auf die ihnen gemäße Art antworten werden - mit noch größerer Liebedienerei.

Die XI. Weltkonferenz gegen die A- und H-Bomben

Vom 25. Juli bis zum 2. August d.J. wurde in T o k i o die auf Initiative des Japanischen Rates gegen die A- und H-Bomben einberufene XI. Weltkonferenz gegen die A- und H-Bomben durchgeführt. An der Konferenz nahmen 171 Delegierte aus 50 Ländern sowie 9 internationale Organisationen teil. In der Woche vom 3.-10.8. hatten die Delegierten Gelegenheit, sich an den grandiosen Friedensmanifestationen zu



Das Präsidium der Weltkonferenz bei der Tagung am 27. Juli 1965

beteiligen, welche die japanischen Friedenskämpfer anläßlich des 20. Jahrestags der Explosion der ersten beiden Atombomben in den Märtyrerstädten H i r o s h i m a und N a g a s a k i organisiert hatten.

Der Erfolg der Konferenz und der Kundgebungen war noch nie so groß gewesen wie in diesem Jahr - sowohl in bezug auf die Anzahl der ausländischen Delegationen und der vertretenen Länder, als auch in bezug auf den Kampfgeist und die Kampfeinheit der Delegierten der teilnehmenden Länder, sowohl in bezug auf die Massenbeteiligung als auch auf die Begeisterung bei den in Tokio, Hiroshima und Nagasaki veranstalteten Friedensmanifestationen. Diese Erfolge waren umso eindrucksvoller, als in diesem Jahr einige Mitglieder des Weltfriedensrates und diverser nationaler Komitees nicht nur die Teilnahme an der Konferenz abgelehnt, sondern sich ihrer aktiven Sabotage schuldig gemacht hatten.

Das war die traurige Fortsetzung einer Politik, welche einige Delegationen unter dem Einfluß der sowjetischen Revisionisten schon während der X. Weltkonferenz im Jahre 1964 begonnen hatten, als sie den Versuch unternahmen, Resolutionen durchzusetzen, die auf der Kapitulation



17. 000 Friedenskämpfer bei einer Manifestation am 31. Juli 1965

gegenüber dem US-Imperialismus, auf einer mißverstandenen Koexistenz, auf dem Zurückweichen vor der atomaren Erpressung, auf dem Pazifismus um jeden Preis basierten und im Gegensatz zu den Auffassungen der Mehrheit der Delegationen standen.

Da sie mit ihren zum kämpferischen Charakter der Friedensbewegung im Gegensatz stehenden Parolen nicht durchkamen, ließen etliche Delegationen unter Führung jener der UdSSR ihre Arbeit bei der unter dem Patronat der GENSUIKYO stehenden Konferenz im Stich und wechselten zu einer anderen Konferenz über, die unter dem Patronat einer sozialdemokratisch und revisionistisch inspirierten Minderheitsorganisation stand und sich GENSUIKIN nennt. Damit wurde ein schwerwiegender Akt der Spaltung in der Weltfriedensbewegung unternommen mit dem Ziel, dieser die Thesen der Kapitulation und des Kompromisses mit dem USA-Imperialismus aufzuzwingen.

Im vergangenen Jahr haben die Ereignisse in der internationalen Politik jedoch die Analysen und die Aktionslinie der X. Weltkonferenz bestätigt und gerechtfertigt. Der US-Imperialismus ist in Vietnam zur offenen verbrecherischen Aggression übergegangen - sowohl gegen das von der Nationalen Befreiungsfront geführte Volk Südvietnams als auch gegen die sozialistische Republik im Norden des Landes. Er ist mit der zynischesten Brutalität in die Dominikanische Republik eingefallen und hat sich mit Waffengewalt in ihre inneren Angelegenheiten eingemischt. Er hat im Kongo einen Ausrottungskrieg organisiert. Und er hat überall seine Kräfte dem Streben der Völker nach Unabhängigkeit und Freiheit entgegengeworfen, wobei er mit der Atombombe droht, in der Hoffnung, die Völker erpressen und seinem Diktat unterwerfen zu können.

Trotz all dieser beredten Tatsachen und trotz des geduldigen Bemühens des Japanischen Rates gegen die A- und H-Bomben, eine gemeinsame Konferenz zu erreichen, haben die spalterischen Elemente in der Sowjetunion und in den Komitees anderer Länder die Teilnahme an der XI. Weltkonferenz gegen die A- und H-Bomben abgelehnt. Ihr Ziel, die Konferenz damit zum Scheitern zu bringen, konnte jedoch nicht erreicht werden.

Im Gegenteil. Die Antwort der Friedenskämpfer insbesondere in jenen Ländern, wo der Kampf gegen den Imperialismus und die von ihm ausgehenden Gefahren am akutesten ist, auf den Appell des GENSUIKYO war einmütig. Die Spalter konnten für ihre Plattform der Kapitulation vor dem Aggressor nur wenig Anhänger gewinnen und zur Teilnahme an ihrer Gegenkonferenz nicht mehr als ein Viertel der Delegationen bewegen.

Die XI. Weltkonferenz gegen die A- und H-Bomben hat den Standpunkt einer gewaltigen Massenmobilisierung vertreten. Unter ihrer Leitung stehende Friedensmärsche haben 2.025 Stadtzentren und Ortschaften Japans berührt. Resolutionen zur Hilfe für die Opfer der Atombombardierungen, zur Ächtung aller Atomwaffen, zur Verhinderung eines Atomkrieges sowie Aufrufe zum Widerstand gegen die US-Aggression in Vietnam haben sechs Millionen Unterschriften erhalten. Am 1. August



45. 000 Menschen nahmen an dieser Massenkundgebung der japanischen Friedenskämpfer am 2. August teil

verlegte die Konferenz ihre Arbeit in die Aulen der Universitäten Meiji und Hosei, wobei sich 16.000 Delegierte aus ganz Japan beteiligten. Am 2. August fand die Arbeit der Konferenz gleichzeitig an 13 verschiedenen Tagungsorten statt, um den verschiedenen Gruppen der Friedenskämpfer (Arbeiter, Frauen, Jugendliche, Studenten, Lehrer, Bauern, Fischer, Kaufleute, Gewerbetreibende, Opfer der A-Bomben, Intellektuelle, Angestellte usw.) Gelegenheit zur Mitarbeit zu geben. Während der vorbereitenden Massenkundgebungen und während der Konferenz selbst wurden für die Opfer der A-Bomben über 19 Millionen Yen gesammelt.

Auf der Tokioter Weltkonferenz erlitten die Spaltungsmanöver der Kapitulanten eine vollkommene Niederlage. Das Volk, welches das erste

Opfer der A-Bombe wurde, die Völker, die heute in der vordersten Linie des Kampfes gegen den mörderischen US-Imperialismus stehen, und alle jene, die vor den Realitäten nicht die Augen schließen wollen, haben ihr Bewußtsein manifestiert, daß der Friede nicht eine Frucht von Konzessionen, sondern nur des entschlossensten und unversöhnlichsten weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus sein kann.



Vor 20 Jahren warfen die US-Imperialisten ihre ersten Atombomben hierher - heute existiert hier die stärkste und kämpferischeste Friedensbewegung der kapitalistischen Welt

Überwindung der Spaltung in der Arbeiterbewegung

WIE SIE SICH **die arbeit** VORSTELLT

Die Monatsschrift der Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit, "die arbeit", in deren Impressum das Mitglied des Politischen Büros des ZK der KPÖ Otto Horn als Eigentümer und Herausgeber, Leopold Hornik als der für den Inhalt verantwortliche Redakteur genannt werden, veröffentlichte in ihrer Nummer 10/1965 unter dem obenstehenden Titel längere Auszüge aus den "Werken" des westdeutschen Professors Wolfgang Abendroth. Unter den tiefsinnigen Erkenntnissen dieses Herrn Professors, welche "die arbeit" für wert hält, an ihre Leser weitergegeben zu werden, finden sich unter anderem die folgenden:

> Die UdSSR wurde durch ihre Isolierung zu einer planwirtschaftlich-nichtkapitalistischen Industrialisierung genötigt, die für die Bevölkerung große Belastungen mit sich brachte. Die dabei von ihr angewendeten barbarischen Verfahren wurden der Anlaß für die jetzt ein halbes Jahrhundert währende Spaltung und Schwächung der Arbeiterbewegung; so konnte der Faschismus siegen und der zweite Weltkrieg die alten Industrieländer Europas aus ihren Führungspositionen in der Welt drängen.
>
> Nach dem zweiten Weltkrieg hat der „Kalte Krieg" zunächst die UdSSR und die osteuropäischen Staaten in die stalinistische Periode mit allen barbarischen Konsequenzen ihrer bürokratischen Diktatur zurückgeworfen. Dadurch vertiefte sich abermals die Kluft zwischen den beiden Lagern der europäischen Arbeiterbewegung. Sie konnte es nicht verhindern, daß die atomare Aufrüstung der USA und zuletzt Frankreichs und Chinas die Welt so lange mit einer unvorstellbaren Katastrophe bedroht, wie es nicht gelingt, die ökonomischen und gesellschaftlichen Ursachen der Rüstungswirtschaft und der Unterdrückung oder Ausbeutung anderer Nationen aufzuheben.

Hier sind so ziemlich die wichtigsten und niederträchtigsten Lügen vereinigt, die von Reaktionären und extremen Antikommunisten seit einer Generation propagiert werden: Die Spalter und Schädlinge der Arbeiterbewegung seien die "Stalinisten" - die Oktoberrevolution in Rußland habe zur Herausbildung einer "barbarischen" und "bürokratischen Diktatur" geführt - die Sowjetunion sei schuld am Aufkommen des Faschismus - die atomare Rüstung des sozialistischen China "bedrohe" die Welt mit einer unvorstellbaren Katastrophe usw. usf. Und was sagt die "arbeit" zu all diesem verleumderischen Stumpfsinn? Nichts! Sie stellt ihm ihre Spalten zur Verfügung, reicht ihn ohne jede Einschränkung und Abgrenzung an ihre Leser weiter! So viel anders als der Herr Professor hat es ja schließlich Chruschtschow auch nicht formuliert. Und schließlich gilt es ja, "die Spaltung in der Arbeiterbewegung zu überwinden". Fragt sich bloß, warum jemand, der sich auf ein solches Niveau begeben hat, noch als Kommunist bezeichnet werden möchte ?

DIE ZWEI GESICHTER MARSCHALL MALINOWSKIS

Daß die Großmächte den Wehrwillen Österreichs beachten und würdigen, obwohl ihnen selbstverständlich klar ist, daß Österreich weder als militärischer Verbündeter noch als militärischer Gegner von ausschlaggebender Bedeutung wäre, zeigt die Anwesenheit des Mannes, der eine der beiden größten Armeen der Welt kommandiert und der mehr Atombomben in seinem Arsenal hat als das österreichische Bundesheer Panzerabwehrraketen, beim heute beginnenden Manöver.



MALINOWSKI LOBT BUNDESHEER

Anschließend gab Malinowski vor Journalisten eine kurze Erklärung ab, in der er das Bundesheer als eine gut organisierte Streitmacht bezeichnete und sich lobend über die Manöverplanung aussprach. Besonders hob der Gast die Erfahrung und militärische Tüchtigkeit von Generaltruppeninspektor Fussenegger hervor.

(Aus der "AZ" vom 3. und 5.10.1965)

Selten hat es eine Frage gegeben, in der die Massen der arbeitenden Bevölkerung unseres Landes so einig waren wie in der Ablehnung der Monstermanöver des österreichischen Bundesheeres. Kein normaler Mensch konnte es verstehen und billigen, daß der österreichische Heeresminister und sein Anhang in einer Zeit, da Österreich von schweren Naturkatastrophen heimgesucht worden war und zahllose Familien vor dem Verlust ihrer Existenzgrundlagen standen, auf der Durchführung seines Übungskrieges bestand, der rund 45 Millionen Schilling, das Leben von 8 Menschen und die Gesundheit von einem weiteren Dutzend kostete.

Der Verteidigungsminister der UdSSR, Marschall Malinowski, fand es angebracht, ausgerechnet einem solchen vom ganzen arbeitenden Volk unseres Landes als unverantwortlich und schädlich empfundenen Probekrieg durch seine Teilnahme als prominentester Gast Reputation zu verleihen und damit der Forderung des Volkes nach Verzicht auf diese Manöver in den Rücken zu fallen.

Aber nicht nur das. Marschall Malinowski versäumte auch nicht, in das freigebige Lob der Veranstalter des Unternehmens insbesondere jenen General Fussenegger einzuschließen, der seine Qualifikation als Generalinspekteur eines "demokratischen Heeres" als prominenter Hitler-Generalstäbler (zuletzt war dieser Sproß der Berliner Kriegsakademie Oberquartiermeister der 7. Armee Hitlers) erworben hat.

Marschall Malinowski ist, wie man sieht, nicht

nachträgerisch. Aber es kommt natürlich darauf an, wen er vor sich hat. Österreich ist schließlich nicht das sozialistische Albanien.

Wir veröffentlichen nachstehend die wichtigsten Teile einer "Antwort an Marschall Malinowski", die am 22.5.1965 im Zentralorgan der albanischen Kommunisten, "ZERI I POPULLIT", erschienen ist und bei unseren Lesern nicht nur im Zusammenhang mit dem kürzlichen Malinowski-Besuch Interesse finden wird.

Vor einigen Tagen hielt der Verteidigungsminister der Sowjetunion, Marschall Malinowski, im Zentralhaus der Sowjetarmee eine lange Rede anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung des Warschauer Vertrages. Er ließ sich, wie schon anderemale, diese Gelegenheit nicht entgehen, um wieder die Volksrepublik Albanien anzugreifen. Er erklärte:

"Die Mitgliedsländer des Warschauer Vertrages beteiligen sich aktiv an der Durchführung der Maßnahmen für die Festigung ihrer Verteidigungskraft. Nur die Volksrepublik Albanien ist hier eine Ausnahme; sie hat sich nämlich von den anderen Partnern dieser Allianz isoliert. Aber es stehen ihr alle Türen der Annäherung an diese offen."

Marschall Malinowski ist ein revisionistischer Demagoge und hat oft genug bewiesen, daß er vor Schande nicht errötet, wenn er andere verleumdet oder beleidigt. Doch alles hat eine Grenze. Um zu behaupten, daß Albanien sich von den anderen Partnern der Allianz isoliert habe, dazu muß man schon nicht nur das Gewissen, sondern auch den Verstand verloren haben.

Es ist allgemein bekannt, daß nicht wir es sind, die sich außerhalb des Warschauer Vertrages halten, sondern die Chruschtschow-Revisionisten - und zwar hauptsächlich Chruschtschow, Malinowski und ihre Gesellen - die in ganz willkürlicher und ungerechter Weise Albanien gehindert haben, seine Rechte als effektives Mitglied des Warschauer Vertrages auszuüben und es de facto aus diesem ausgeschlossen haben. Und wenn schon niemand anderer, so kennt doch zumindest Malinowski selbst die Machinationen, Intrigen und Komplotte, mit deren Hilfe das geschah. Bevor man also von den "offenen Türen" spricht, ist es unbedingt notwendig, erst die Wahrheit festzustellen und aufzuklären, wer die Türen eigentlich geschlossen hat! Die Türen des Warschauer Vertrags wurden gegenüber Albanien von den Chruschtschow-Revisionisten geschlossen - aus dem einzigen Grund, weil dieses das "Vergehen" beging, sich der antimarxistischen Linie und dem chauvinistischen Großmachtdiktat der sowjetischen Führung nicht zu unterwerfen, weil Albanien gerade den Pflichten und gerechten Prinzipien, auf welchen der Warschauer Vertrag beruht, stets treu geblieben ist.

Wir haben unsere Meinung über die Tätigkeit und die Atmosphäre, die heute den Warschauer Vertrag charakterisieren, immer offen ausgesprochen: Die sowjetischen Revisionisten setzen dort genau wie früher ihre diskriminierende und spalterische Tätigkeit fort, sie übertreten weiter die Normen und Prinzipien des Warschauer Vertrags, sie untergraben weiter die Solidarität und die Einheit der sozialistischen Länder. Heute besteht kein solcher Warschauer Vertrag mehr, wie er durch das von seinen Begründern unterzeichnete Abkommen festgelegt wurde, sondern es existiert nur mehr ein einfaches Instrument der revisionistisch-chauvinistischen Politik der sowjetischen Führer.

Der Warschauer Vertrag wird tatsächlich vom sowjetischen Verteidigungsminister geleitet. Der Kommandierende der Vereinigten Streitkräfte der Länder des Warschauer Vertrags, Marschall Gretschko, ist zugleich Erster Stellvertreter des Ministers Malinowski. Der Generalstabschef der Truppen des Warschauer Vertrags, General Batow, ist zugleich Erster Stellvertreter des Generalstabschefs der Sowjetarmee. Das andere Personal des leitenden Apparats des Warschauer Vertrags besteht vom ersten bis zum letzten Mann aus aktiven Mitgliedern des sowjetischen Verteidigungsministeriums. Offiziell sind die Stellvertretenden Kommandierenden die Verteidigungsminister der Mitgliedsstaaten, doch in Wirklichkeit sind sie das nur pro forma, sie werden niemals gefragt und sie wissen nichts über die Pläne oder die Tätigkeit der Leitung des Vertrages. Auch der Sekretär des Politischen Konsultativkomitees des Warschauer Vertrages wird in ganz selbstherrlicher Weise aus dem Personal des sowjetischen Außenministeriums nominiert, wie zum Beispiel der Stellvertretende Minister Firjubin. Beim Kommando des Warschauer Vertrages sind pro forma die Vertreter der Armeen der Mitgliedsstaaten akkreditiert, doch die Abkommen über ihre Funktionen wurden niemals durchgeführt und sie sind weiter nichts als einfache Kuriere. So wird also der Warschauer Vertrag geleitet. Sein Kommando ist einfach ein Direktorium des sowjetischen Verteidigungsministeriums und als solches wird es direkt von seinem Titular Marschall Malinowski und seinen nächsten Subordinierten befehligt.

Marschall Malinowski erklärte in seiner Rede: "Der Warschauer Vertrag wurde geschaffen, um die Möglichkeiten einer umfangreicheren Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Verteidigung zwischen den sozialistischen Ländern zu entwickeln". Diese Worte sind zwar sehr schön, doch es sei uns gestattet, die sowjetischen Führer zu fragen, wie sie diese Aufgabe des Warschauer Vertrages gegenüber der Volksrepublik Albanien erfüllt haben!

In willkürlicher Weise haben sie die bilateralen Abkommen zerrissen und die auf Grund der Bestimmungen des Vertrags übernommenen Verpflichtungen, die albanische Armee auszurüsten und die Volksrepublik Albanien zu schützen, verletzt.

Sie haben der albanischen Armee acht Unterseeboote sowie die albanischen Kriegsschiffe, die sich in Sewastopol zur Reparatur befanden, geraubt.

Sie haben den Stützpunkt von Vlora aufgelöst und nichts unversucht gelassen, um die Verteidigungskraft Albaniens und damit auch des sozialistischen Lagers zu schwächen und die räuberischen Absichten der Imperialisten gegen Albanien zu ermuntern.

Sie haben die in der Sowjetunion studierenden albanischen militärischen Kader ausgewiesen und sind sogar so weit gegangen, den Austausch einfacher militärischer Literatur zwischen unseren Ländern einzustellen.

Sie haben in ihren operativen Plänen die albanische Armee mißachtet und niemals nach ihrer Meinung gefragt, was die Probleme der Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Verteidigung betrifft.

Und zu einer Zeit, da sie die titoistische Gruppe, diese bekannte Agentur des Imperialismus, die fortwährend gegen die Volksrepublik Albanien komplottiert, um diese in eine Provinz Jugoslawiens zu verwandeln, offen bewaffneten, haben sie alles daran gesetzt, um unsere Armee von den Armeen der anderen sozialistischen Länder zu isolieren. Allen voran hat Marschall Malinowski die albanische Armee vor allen Vertretern der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrags in gemeiner Weise beleidigt und sich bemüht, unsere Militärangehörigen gegen unsere Partei und unseren Staat aufzuhetzen!

Und nach all diesen verräterischen, antimarxistischen und spalterischen Handlungen hat Marschall Malinowski die Kühnheit, Albanien zu beschuldigen, es habe sich angeblich vom Warschauer Vertrag ferngehalten!

Doch nicht nur gegen die Volksrepublik Albanien und ihre Führung, sondern auch gegenüber ihren eigenen Leuten, gegen die hervorragenden Kader der Sowjetarmee, die den Ideen des Oktobers und der sowjetischen Ordnung treu blieben, haben die Chruschtschow-Revisionisten zahlreiche Niedrigkeiten verübt.

Um ihn loszuwerden und besser hinter seinem Rücken komplottieren zu können, haben sie 1957 den damaligen Verteidigungsminister, das Mitglied des Präsidiums des Zentralkomitees der KPdSU, Marschall Schukow, zu einem offiziellen Besuch nach Albanien gesandt. Sein Aufenthalt in unserem

Lande dauerte nur einige Tage: er wurde gleich nach Moskau zurückberufen und kaum stieg er aus dem Flugzeug, als er auch schon von allen seinen hohen Funktionen in der Partei und im Staat enthoben war. An seine Stelle hatte die revisionistische Gruppe Marschall Malinowski gesetzt, das folgsame Werkzeug Chruschtschows. Die Chruschtschow-Gruppe verleumdete Schukow, diesen hervorragenden sowjetischen Militärführer, einen der besten Kader der Sowjetarmee im Großen Vaterländischen Krieg, dessen Namen auf der ganzen Welt geehrt wurde, und beschuldigte ihn in verleumderischer Weise des "Bonapartismus", des "Ungehorsams gegenüber den Direktiven der Partei" sowie allerlei anderer Missetaten. Wenn aber Marschall Schukow wirklich so war, warum hat man ihn dann nach einem sozialistischen Land, nach Albanien, zu einem hohen offiziellen Staatsbesuch entsandt? Wurde er vielleicht in den neun Tagen, die er hier verbrachte, "Bonapartist"?

Die sowjetischen Führer haben diese Frage nie beantwortet. Aber die Antwort können wir geben: Sie hatten Angst vor Marschall Schukow, der ihren Verrat bereits erkannt hatte; sie hatten ihn nach Albanien entsandt, um in seiner Abwesenheit die Vorbereitungen für seinen Abschuß zu schaffen! Die Absetzung Marschall Schukows bezeichnete den Anfang einer großen Säuberungskampagne gegen tausende andere Offiziere der Sowjetarmee und zu ihrer Ersetzung durch der Chruschtschow-Linie fügsame Menschen.

Durch ähnliche Putschmethoden wie jene, durch die Marschall Schukow seiner Posten enthoben wurde, hat man auch Albanien aus dem Warschauer Vertrag ausgeschlossen!

Ganz gewiß, Marschall Malinowski und die anderen sowjetischen revisionistischen Führer können noch viele Reden halten, in Demagogie machen, auf ihre Treue zu den Prinzipien des Warschauer Vertrags schwören und die anderen beschuldigen, diese zu verletzen. Die Wahrheit aber kann man nicht allzulange verbergen. Wir sind überzeugt, daß das sowjetische Volk nicht dulden wird, daß das Schicksal des ruhmreichen Vaterlandes Lenins und Stalins in den Händen treuloser Menschen und Komplotteure bleibe, welche die persönliche Karriere und jene der revisionistischen Gruppe über alles andere gestellt haben.

* * *

WIR SIND GERNE BEREIT, ernsten Interessenten die "Rote Fahne" einige Zeit kostenlos und unverbindlich zuzusenden, um ihnen ein Urteil über sie zu ermöglichen. Am zweckentsprechendsten ist es freilich, sie gleich zu abonnieren.

Jahresabonnement . . . . S 65,-
Halbjahresabonnement . . . 35,-
(Postscheckkonto Nr. 173.848)

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101